

Clubobfrau Daniela GMEINBAUER

16. Februar 2023

A N T R A G **zur** **Dringlichen Behandlung**

Betreff: Gemeinsam für den Verkehr der Grazer Zukunft

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Verkehrspolitik birgt seit jeher vielschichtiges gesellschaftliches Konfliktpotenzial. Das politische Spannungsfeld in dieser Frage ergibt sich aus der hohen Emotionalität und Komplexität der Thematik.

Die unterschiedlichen Forderungen und Vorstellungen reichen von einer autofreien (Innen)Stadt, bis hin zum bedingungslosen Erhalt des Status Quo der Verkehrssituation.

Es ist Aufgabe und Pflicht der handelnden Politikerinnen und Politiker und politischer Akteurinnen und Akteure, Maßnahmen zu treffen, die die einzelnen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer in ihren Überlegungen gleichwertig behandeln und berücksichtigen,

Eklatante und einschneidende politische Eingriffe in bestehende Systeme benötigen breiten Konsens und eine tragfähige Basis für eine ebenso breite und tragfähige Akzeptanz in der betroffenen Bevölkerung.

Ein beherrschendes Thema in unserer Stadt ist derzeit die Diskussion über den Verkehr in Graz und die viel zitierte Neuverteilung des öffentlichen Raums. Zentraler Punkt dabei, ist unter anderem, der Wegfall hunderter Parkplätze. Renommierte Experten, wie Prof. Fallast, sprechen davon, dem öffentlichen Verkehr nichts Gutes zu tun, wenn man ihn als Waffe gegen Autofahrer einsetzt. Eine autoarme Innenstadt sei wünschenswert, eine zu Tode beruhigte aber nicht.

Eine Expertenmeinung, die zum Ausdruck bringt, dass die Politik selbstverständlich in der Pflicht ist, auch für diese äußerst komplexen und diffizilen Herausforderungen kompromissfähige Lösungen zu erarbeiten, die von allen politischen Seiten, aber vor allem von den Grazerinnen und Grazern mitgetragen, als legitim und auch in ihrer ökonomischen Tragweite und gesamten Lebensrealität als hinnehmbar erachtet werden.

Es steht außer Zweifel, dass wohl alle politischen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger dieser Stadt ein noch lebenswerteres, umweltfreundlicheres und innovativeres Graz als politisches Ziel definieren. Der Weg dorthin muss ökologisch verträglich, sozial gerecht und auch wirtschaftsorientiert gestaltet werden.

Politische Entscheidungen, wie sie gerade in Graz in der Verkehrspolitik getroffen werden, sind vor den betroffenen Menschen zu begründen. Bürgerbeteiligung ist in diesem Zusammenhang das Gebot der Stunde, Betroffene müssen eingebunden und mitgenommen werden und es sollte auf keinen Fall der Eindruck entstehen, dass von „oben herab“ gehandelt wird.

Ein gesundes Demokratieverständnis begrüßt und befördert diese Partizipation und setzt auf eine aktive Zivilgesellschaft. Partizipation hat stets zum Ziel, Misstrauen und Konflikten vorzubeugen, das Wissen von- und übereinander zu verbessern und den Ausgleich unterschiedlicher Interessen bestmöglich zu organisieren. So kann und wird ein sicheres und standhaftes Fundament für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für Maßnahmen in der Verkehrspolitik gelegt werden, das trotz diverser Spannungen, von einer Mehrheit der Gesellschaft als legitim erachtet wird.

Es gibt und gab viele Städte, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen und standen. Erfolgreiche und tragfähigen Entscheidungen und Ergebnisse wurden dabei immer in Kompromissen zwischen den unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnissen der Menschen gefunden und getroffen. Zürich dient als eines dieser Best Practice Beispiele. Wie immer man dazu stehen mag, Fakt ist, viele Menschen verfügen über ein Auto und benötigen dafür auch einen Abstellplatz, den sie im öffentlichen Raum gerade in zentrumsnahen Lagen immer weniger finden. Der Historische Parkplatzkompromiss für die Züricher City und citynahen Gebiete wurde 1996 vom Gemeinderat beschlossen. Der Kompromiss besteht im Kern darin, die Innenstadt für den Fußverkehr attraktiver zu gestalten, indem oberirdische Parkplätze in Parkieranlagen verschoben werden, ohne aber die Gesamtzahl der öffentlich zugänglichen Parkplätze anzutasten. Namhafte Experten aus der Schweiz, wie Prof. Hüsler, der seine Expertise auch immer wieder für Graz einbringt, hat dieses Züricher Modell als gewinnbringend und zielführend für eine Verkehrswende benannt.

Ein Modell, das wohl auch für die Stadt Graz und ihre Bewohnerinnen und Bewohner zielführend und annehmbar erscheint, um sie ohne Bevormundung und Zwang zu einem Umdenken in der Gestaltung der individuellen Mobilitätsgewohnheiten zu bewegen.

Wir alle treten dafür ein, dass es zu mehr Bewegung in einer Neugestaltung des Verkehrs in Graz kommt. Daher streben wir einen Kompromiss zu einer Lösung über alle politischen Differenzen hinweg an.

In diesem Sinne stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den folgenden

Dinglichen Antrag:

1. Die zuständigen Stellen im Magistrat Graz werden dazu aufgefordert, unter der Federführung der Abteilung für Verkehrsplanung einen ständigen Unterausschuss für „Verkehrsentwicklung“ im Rahmen des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung bestehend aus allen Parteien einzurichten. Dieser soll sich, unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten mit der Erstellung eines Gesamtkonzeptes für den Grazer Verkehr befassen. Der angeführte Unterausschuss soll so rasch wie möglich zusammentreten und anlass- bzw. ergebnisbezogen dem Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung berichten.

Darüber hinaus sollen in diesem Unterausschuss unter Einbeziehung von Anrainerinnen und Anrainern konkrete Fragestellungen zum Thema Verkehr, Verkehrsberuhigung und sanfter Mobilität thematisiert werden, um einen transparenten und nachvollziehbaren Entscheidungsfindungsprozess zu gewährleisten.

2. Die zuständigen Stellen im Magistrat Graz werden beauftragt, einen Vorschlag für den Grazer Verkehrspakt auszuarbeiten und dem zuständigen Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung bzw. dem Gemeinderat im April zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen. Der Grazer Verkehrspakt hat im Wesentlichen das Ziel, die verpflichtende Schaffung von Ersatzstellflächen für entfallende Parkplätze zu verankern.
3. Die zuständigen Stellen im Magistrat Graz werden beauftragt, zu prüfen, ob bereits in Planung befindliche Park and Ride-Anlagen schneller umgesetzt werden können. Insbesondere ist dabei das Augenmerk auf die Park and Ride-Anlage Murpark zu legen. Dem Gemeinderat ist bis April ein Bericht vorzulegen.